

**Dr. Karl-Heinz Lamberty (FDP-Kreistagsfraktion)**

**Rede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2013/2014 am 14.3.2013**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich zum Haushalt spreche, muss ich etwas richtigstellen. Wenn ich den Kollegen Steiner richtig verstanden habe, so hat er behauptet, die FDP habe der Rekommunalisierung der Abfallentsorgung nicht zugestimmt. Das ist falsch. Wir haben zugestimmt und sind sehr zufrieden mit der Arbeit der RSAG.

Der Kreishaushalt ist ausgeglichen. Die Kreisumlage sinkt etwas. Donnerwetter könnte man sagen. Ist doch toll.

Nur auf den ersten Blick macht der ausgeglichene Kreishaushalt einen positiven Eindruck. Beim zweiten Blick nicht mehr.

Es sind nämlich überhaupt keine Sparanstrengungen mehr erkennbar, obwohl wir doch eigentlich wissen müssten, dass genau das zu tun wäre. Sparen heißt: Weniger ausgeben – nicht mehr!

Stattdessen teure Maßnahmen, die nicht sein müssen, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht. Vieles lässt sich gut begründen, ist aber unter finanziellen Aspekten heute einfach noch nicht akzeptabel. Ob das nun die leistungsorientierte Bezahlung für Beamte ist, von der die meisten Gemeinden nur träumen können, oder die Aussonderung noch brauchbarer Möbel oder die voreilige Zusage eines Zuschusses für das Bonner Festspielhaus – um nur drei Beispiele zu nennen.

Wenn wir als FDP-Fraktion diesen Haushalt heute ablehnen, dann nicht nur deswegen, weil bis auf einen alle unsere Sparanträge abgelehnt worden sind. Wenn der Kollege Schuster also so viel Wert darauf legt, dass die FDP dem Haushalt zustimmen soll, hätte ich mehr Entgegenkommen erwartet.

Der Haushalt hat die Herausforderungen der Zukunft nicht im Blick! Darauf hat der Kollege Hartmann zutreffend hingewiesen. Insofern wundert es mich, dass die SPD trotzdem diesem Haushalt zustimmt. Und da kommt einiges auf uns zu:

Dass mit weiter steigenden Personalkosten zu rechnen ist, ist ja nur ein Teil des Problems. Der Sanierungsbedarf der öffentlichen Gebäude im Eigentum des Kreises ist groß. Darauf hat der Landrat in seiner Haushaltsrede hingewiesen. Dazu kommen aber auch noch die Straßen, die gar nicht erwähnt wurden! Wenn es schon auf Grund der Uneinigkeit von CDU und Grünen beim Ennertaufstieg nicht weitergeht, müssen wir doch wenigstens im Interesse unserer Infrastruktur unsere Kreisstraßen in Schuss halten!

Von Bund und Land ist angesichts der Schuldenbremse im Grundgesetz kein weiteres Geld zu erwarten. Das geht natürlich voll zu Lasten der Kommunen. Das können wir beklagen, können wir es aber ändern? Dazu passt das deutsche Sprichwort: Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner.

Über die Beständigkeit unseres Eigenkapitals will ich hier gar nicht erst reden, aber dass die Schulden um 16.5 Millionen € weiter steigen, muss auch erwähnt werden.

Wenn aber angesichts dieser Herausforderungen eine erneute Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten Jahren angesichts der riesigen Probleme unserer Gemeinden, auf die Sie, Herr Landrat, in einem Schreiben an die Landesregierung richtig hingewiesen haben, keine Alternative sein kann, so muss es weiter gehen mit dem Sparen!

Die FDP-Fraktion hat ihre konsequente Sparpolitik fortgesetzt. Das unterscheidet uns wieder einmal von allen anderen Fraktionen, die zwar öffentlich vom Sparen reden, aber keine konkreten Vorschläge machen. Eher das Gegenteil. Stattdessen geht man mit der auf Grund verbesserter Umlagegrundlagen möglichen gewordenen Senkung der Kreisumlage hausieren, als ob das ein Verdienst wäre. Und die einmalig hohe Ausschüttung der RSAG kaschiert auch nur für kurze Zeit die wahre Problematik. Gleiches gilt für die Ausschüttung der Sparkasse. Beides wird sich in dieser Höhe nämlich nicht wiederholen.

Sparen ist kein Selbstzweck. Die Schuldenkrise in Europa hat auch den Deutschen die Augen geöffnet. Überall setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir nicht weiter zu Lasten unserer Kinder und Enkel wirtschaften dürfen. Aber genauso wichtig ist es, die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten oder wieder zurückzugewinnen. Schließlich wollen unsere Kommunen nicht von außen regiert werden, sondern ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung wahrnehmen. Das erfordert jedenfalls deutlich weiter gehende Maßnahmen, als dies in diesem Haushalt offenbar wird. Ich finde es durchaus bemerkenswert, dass in unserem vertraulich arbeitenden Arbeitskreis Konsolidierung Fortschritte gemacht werden, in der öffentlichen Beratung des Haushalts für die nächsten Jahre aber das genaue Gegenteil passiert.

Die freiwilligen Leistungen werden ausgeweitet ohne dass an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen würden. Die Aufgabenkritik ist offensichtlich eingestellt worden. Wir beklagen zu Recht, dass uns durch Bundes- und Landesgesetze Aufgaben zu gewiesen werden, ohne dass diese auch bezahlt würden. Wir beschließen aber auch munter Maßnahmen, die Personal und Geld kosten. Sei es bei der Inklusion oder dem Klimaschutz. Man wagt ja kaum gegen diese hehren Absichten etwas zu sagen.

Insbesondere die SPD gefällt sich darin, ständig neue Konzepte, Masterpläne und was weiß ich für alles Mögliche zu fordern. Dazu fordert man dann neue Gremien und mehr Personal und noch mehr Geld. Ob es eine originäre Zuständigkeit des Kreises gibt, wird nicht mehr gefragt oder ob eine Aufgabe nicht schon längst in Arbeit ist. Die FDP tritt ein für eine konsequente Aufgabenkritik, wonach sich der Kreis um das kümmern soll, was seine eigentlichen Aufgaben sind. Was die Gemeinden machen müssen, sollte man nicht auch noch an sich ziehen. Das gilt für die Inklusion und die Integration aber auch für den Klimaschutz, womit ich bei der Energieversorgung wäre.

Der Kreis ist mit seinem Versuch, durch die BRS den Kommunen die Strom- und Gasversorgung anzudienen, bisher kläglich gescheitert. Keine einzige Kommune hat das Angebot angenommen. Dafür sollen jetzt für viel Geld Aktien der Rhenag gekauft werden. Wozu eigentlich? Die Antwort des Landrats auf eine entsprechende große

Anfrage der FDP-Fraktion ist wortreich aber substanzlos. Um mit der Rhenag zusammenzuarbeiten, braucht man nicht ihre Aktien zu kaufen. Der Mehrwert dieses Aktienkaufs für den Kreis und seine Menschen ist nirgends erkennbar. Leider wollen immer wieder Kommunalpolitiker das große Rad drehen, statt sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Damit haben wir nämlich genug zu tun. Und das Angebot von RWE dient ohnehin nur dazu, dem Konzern beim Abbau seiner immensen Schulden zu helfen. Und wir sollen dafür wieder neue Schulden aufnehmen ohne eine zuverlässige Rendite zu bekommen.

Zum Schluss will ich Ihnen noch mitteilen, was gerade beim Haushalt in meiner Gemeinde Swisttal passiert. Damit soll abschließend noch mal klar werden, vor welchen Herausforderungen wir stehen: Der Bürgermeister schlägt in der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts vor, die Steuern in mehreren Schritten auf geradezu schwindelerregende Sätze zu erhöhen, zum Beispiel 750 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B und 550 Prozentpunkte bei der Gewerbesteuer. Praktisch alle freiwilligen Leistungen werden gestrichen, Sportstättengebühren werden eingeführt und vieles mehr. Leistungsorientierte Bezahlung für Beamte gibt es nicht und obendrein ist eine Beförderungssperre verhängt worden.

Das Ziel: ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept, das der Gemeinde ihre Handlungsfähigkeit wieder zurückgibt. Dies darf aber unter keinen Umständen durch weitere Umlageerhöhungen wieder in Frage gestellt werden. Aktuell zahlt Swisttal 42 Prozent seines Haushalts als Kreisumlagen. Der Bürgermeister befürchtet einen Anstieg auf bis zu 50 Prozent in den nächsten Jahren.

Besonders die massiv steigende Jugendamtsumlage müssen wir in den Griff bekommen. Zwar hat im Jugendhilfeausschuss unser Antrag für einen eigenen Arbeitskreis aus formalen Gründen keine Zustimmung gefunden. Ich werde dieses Thema aber in unseren AK Konsolidierung einbringen und ich hoffe, Herr Kitz, dass wir das Problem kurzfristig angehen. Es ist nämlich wirklich dringlich. Und dass da Rationalisierungspotential vorhanden ist, haben die Antworten der Verwaltung auf Fragen der FDP-Fraktion ganz klar gezeigt.

Wenn nun seitens der Mehrheitsfraktionen und des Landrats immer wieder gesagt wird, wir hätten die niedrigste Kreisumlage im Land, so mag das in Prozentsätzen ausgedrückt sogar stimmen. Aber das Gefühl in den Kommunen ist ein anderes. Denen geht es wie weiland Faust bei Goethe: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Fazit: Diesem Haushalt können wir als FDP nicht zustimmen, weil er den anstehenden Herausforderungen des Kreises und der Kommunen nicht gerecht wird.

Abschließend mein Dank an alle, die viel Arbeit und Zeit in die Beratung dieses Haushalts gesteckt haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.